

#UNSER BREMEN KANN MEHR.

CARSTEN MEYER-EDER

CDU
BREMEN

Carsten Meyer-Heder | Am Wall 135 | 28195 Bremen

SeniorenVertretung Bremen
Herrn Dr. Andreas Weichelt
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen

Carsten Meyer-Heder
Am Wall 135
28195 Bremen

☎ 0421 308 945 8
✉ meyer-heder@cdu-bremen.de
🌐 meyer-heder.de
📱📷 CarstenMeyerHeder

Bremen, 14. März 2019

Sehr geehrter Herr Dr. Weichelt,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2019. Als Spitzenkandidat der CDU für die kommende Bürgerschaftswahl werbe ich für einen politischen Wechsel in Bremen und möchte, dass unser schönes Bundesland zukünftig besser regiert wird, denn **#UNSERBREMENKANNEHR**. Was das im Detail heißt können Sie im Wahlprogramm der Bremer CDU und auf meiner Internetseite unter www.carsten-meyer-wer.de erfahren.

Anliegend erhalten Sie die beantworteten Wahlprüfsteine.

Bei weiteren Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Meyer-Heder

Wahlprüfsteine Seniorenvertretung

Block A: Alterssicherung Altersdiskriminierung

1. Welche Maßnahmen werden Sie politisch und konkret ergreifen, um Senior*innen vorzunehmender Kriminalität in Bremen in Zukunft besser zu schützen?

Nur wer sicher ist, kann frei und mit anderen friedlich zusammenleben, kann sich wohl und heimisch fühlen. Zu Recht erwarten wir einen starken Staat, der sich schützend vor uns stellt und auch die Schwächeren schützt, damit wir auch in Zukunft sicher und frei in Bremen leben können. Die CDU Bremen sieht allerdings mit Schrecken, dass die Anzahl der Straftaten gegen ältere Menschen in unserem Land auf hohem Niveau stagniert. Dies hat nicht nur für die Betroffenen gravierende Folgen, sondern ist auch von besonderer Sozialschädlichkeit. Nachdem sich Bremen in den letzten Jahren zur Hochburg für die Masche der „falschen Polizisten“ und des „Enkeltricks“ entwickelt hat, wollen wir bei der Polizei Bremen eigene Ermittlungsgruppen bilden, um diesen perfiden Straftätern endlich habhaft zu werden. Sowohl mit Präventions- und Aufklärungsarbeit für die Senioren, als auch mit der schnellen und konsequenten Strafverfolgung und anschließender Verurteilung dieser Straftäter wollen wir dafür sorgen, dass sich vor allem die älteren Mitbürger, die sich schlechter gegen brutale Angriffe wehren können, in Bremen wieder sicher fühlen können.

2.) Welche Möglichkeiten sehen Sie, einer Altersdiskriminierung zukünftig besser zu begegnen? Wird Ihre Partei sich unter anderem dafür einsetzen, dass Altersbegrenzungen an verschiedenen Stellen unseres Gemeinwesens identifiziert und beseitigt werden?

Die CDU in Bremen setzt sich für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung, insbesondere auch einer Benachteiligung aufgrund des Alters. Die CDU ist davon überzeugt, dass eine nachhaltige Unterstützung der von Diskriminierung betroffenen Menschen und die Bekämpfung von Benachteiligungen auf allen Ebenen ein starkes Engagement auf Landes- und kommunaler Ebene erfordern. Antidiskriminierungsarbeit verstehen wir als Querschnitts- und Daueraufgabe und muss in allen Lebensbereichen und den alltäglichen Arbeitsabläufen präsent und integriert sein. Insbesondere die Umsetzung der europäischen Wohnimmobilienkreditrichtlinie und die damit verbundene Diskriminierung aufgrund einer Altersgrenze hat zu großem Unverständnis und zu – berechtigter Kritik – geführt. Die CDU-geführte Bundesregierung hat die gesetzlichen Rahmenbedingungen deshalb nachgebessert, sodass die Hürden für die Kreditvergabe an Senioren und junge Familien beseitigt wurden. Wir werden weiterhin und auch bezogen auf landespolitische Regelungsbereiche gegen Altersbegrenzungen vorgehen, wenn sie für die Betroffenen zu erheblichen Nachteilen im Alltagsleben führen.

3.) In welcher Form soll zukünftig die Beteiligung von Senior*innen an politischen Prozessen in Bremen sichergestellt werden?

Die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen und demografischen Schichten ist die Lebensader unserer repräsentativen Demokratie und deswegen eine wichtige Voraussetzung für unser heutiges Zusammenleben. Wir wollen die politische Teilhabe von Seniorinnen und Senioren genauso fördern, wie die Beteiligung von Jugendlichen. Aus diesem Grund müssen auch verschiedene Maßnahmen voneinander unterschieden werden. Bei der Beteiligung der Seniorinnen und Senioren an politischen Entscheidungsprozessen spielt die Seniorenvertretung seit 40 Jahren eine entscheidende Rolle in Bremen. Die Mitwirkung in Gremien und Deputationen sowie der Austausch mit Entscheidungsträgern sind von unschätzbarem Wert. Als CDU Bremen wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Seniorenvertretung ihre hervorragende Arbeit auch in den nächsten 40 Jahren und darüber hinaus fortsetzen kann.

Damit sich Menschen eine Meinung bilden und auf dieser Grundlage eine Entscheidung treffen können, sind Informationen eine Grundvoraussetzung. Insbesondere vor Wahlen werden Informationen zunehmend über das Internet bereitgestellt. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass längst nicht alle Bürger „online“ unterwegs sind. Die CDU Bremen sieht es deshalb als ihre Aufgabe an auch auf den traditionellen Wegen, das heißt an Informationsständen, durch gedruckte Flyer oder das Gespräch auf dem Wochenmarkt bzw. an der Haustür über politische Inhalte zu informieren. Wir wollen insbesondere auch die älteren Menschen ohne Internetzugang nicht von der Meinungsbildung ausschließen.

Block B: Wohnen, Bauen und Verkehr

4.) Seit Jahren fordern Seniorenvertretungen sämtlicher Bundesländer bezahlbaren Wohnraum und Barrierefreiheit. Welche Förderungsmöglichkeit und welche Instrumente sieht Ihre Partei, um Wohnraum und Barrierefreiheit in Bremen wieder bezahlbar zu machen?

Den barrierefreien Wohnungsbau unterstützen wir als CDU Bremen ohne Vorbehalte. Das einzige Instrument, das für ausreichend bezahlbaren Wohnraum in allen Segmenten sorgt, ist der Wohnungsbau selbst. Durch Flächenausweisung und Innentwicklung könnten mehr Wohnungen und somit auch mehr bezahlbare Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Wir plädieren außerdem für verstärkte Wohnbauaktivitäten der GEWOBA und würden dabei nicht nur auf die Bezahlbarkeit der Wohnung achten, sondern ebenfalls auf veränderte Ansprüche unserer Gesellschaft auch in Bezug auf die Barrierefreiheit.

5.) Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um für Senior*innen ein lückenloses Mobilitätsangebot zu verwirklichen (Erstellung eines mittel- bis langfristigen Mobilitätskonzepts für die Stadt Bremen)?

Zu einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Leben zählt für uns als CDU auch eine lückenlose Mobilität. Dafür wollen wir durch gezielte Ausbauprojekte das Liniennetz erweitern. So wollen wir unter anderem die Planungen für die Verlängerung der Linie 2 oder 10 über Sebaldsbrück nach Osterholz abschließen und mit den ersten Baumaßnahmen beginnen. Eine (Straßenbahn-) Eckverbindung von Sebaldsbrück über die Vahrer Straße und die Bürgermeister-Spitta-Allee nach Bremen-Horn schaffen und die Verlängerung der Linien in Huchting und einer neuen von Gröpelingen bis nach Burg realisieren: Zudem wollen wir sowohl in Grambke als auch an der Universität neue Haltestellen für Regionalzüge einrichten. Außerdem wollen wir Bremen gemeinsam mit der BSAG zu einem Testgebiet für sogenannte On-Demand-Busse machen. Diese sollen eher abgelegene und nicht so gut erschlossene Straßenzüge anfahren und insbesondere für Seniorinnen und Senioren eine echte Alternative zum Individualverkehr (beispielsweise mit dem eigenen Auto oder einem Taxi) darstellen.

6.) Wie ist Ihre Position zu einem kurzfristigen kostenlosen oder niederpreisigen ÖPNV Angebot für Senior*innen?

Wir wollen die gesamte Ticket- und Tarifstruktur des ÖPNV auf den Prüfstand stellen. Das betrifft einerseits Schülerinnen und Schüler, die mit ca. 600 Euro pro Jahr ohne Zweifel viel zu viel für eine nachhaltige Mobilitätsform bezahlen müssen, andererseits aber auch alle anderen Tarife. Allerdings darf der Fokus nicht nur auf die Preisstruktur der Tarife gelegt werden, sondern auch auf die Qualität des ÖPNV. Wir wollen nicht nur die Taktung des ÖPNV und SPNV (Schienenpersonennahverkehr) erhöhen, sondern auch liegengeliebene Straßenausbauprojekte voranbringen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat die Ausarbeitung eines Konzepts, das es Bremer Seniorinnen und Senioren ermöglicht, bei Rückgabe ihrer Fahrerlaubnis für sechs Monate mit einem Ticket gratis die Angebote des ÖPNV zu nutzen, befürwortet.

Block C: Gesundheit und Pflege

7.) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die altersmedizinische Versorgung in Bremen verbessern

Für die CDU in Bremen ist, neben der wohnortnahen hausärztlichen Versorgung, die Qualität in der Krankenhausversorgung – insbesondere die Versorgung mit altersmedizinischen Angeboten – eine grundlegende Voraussetzung für eine hohe Behandlungszufriedenheit. Patientinnen und Patienten müssen sich auf eine gute Versorgung im Krankenhaus verlassen können. Dies gelingt zunehmend durch mehr Spezialisierung. Aus diesem Grund wollen wir die Geriatrie am Klinikum Bremen-Ost zu einem Zentrum mit überregionaler Bedeutung ausbauen, in dem ältere Menschen eine hohe Behandlungsqualität und innovative Versorgungskonzepte vorfinden können. Gleichzeitig muss die altersmedizinische Versorgung auch integriert gedacht werden. Mit der neuen generalistischen Pflegeausbildung wird es beispielsweise möglich, allen Auszubildenden die Bedürfnisse älterer Menschen und der auftretenden Krankheitsbilder zu vermitteln. Darüber hinaus hat sich die CDU in der aktuellen Legislaturperiode dafür eingesetzt, dass die Einrichtung einer medizinischen Fakultät in Bremen geprüft wird. Aus unserer Sicht kann diese Kombination aus Forschung, Lehre und Patientenversorgung einen großen Beitrag dazu leisten, die Behandlungsqualität in Bremen – auch im Hinblick auf die Altersmedizin – zu verbessern und den Nachwuchs qualifizierter Ärzte sichertellen.

8.) Wie planen Sie sicherzustellen, dass zukünftig eine ausreichende Anzahl qualifizierter Gesundheits- und Pflegekräfte ihren Beruf bei adäquater Bezahlung in den Bremer Einrichtungen ausüben können?

Die Verbesserung der Situation in der Pflege erreichen wir nur durch einen Mix von verschiedenen Maßnahmen, der in seinem Kern auf einer besseren Bezahlung, besseren und vor allem verlässlicheren Arbeitsbedingungen sowie aus attraktiven Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten beruht. Die CDU-geführte Bundesregierung hat jüngst bundesweit 13.000 zusätzliche Pflegekräfte beschlossen, welche aus den Mitteln des Gesundheitsfonds finanziert werden. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein, um das Personal in den Einrichtungen zu entlasten. Weitere Maßnahmen müssen folgen. In Bremen halten wir die Einhaltung der Fachkraftquote aus Qualitätsgründen für dringend geboten. Wir werden aber die Ergebnisse der bundesweiten Studie zur Fachkraftquote in der Pflege die 2020 vorliegen sollen, auswerten und berücksichtigen. Insbesondere in der Nacht ist dringend ein höherer Personalschlüssel unter Berücksichtigung der Schwere der Fälle umzusetzen. Hinsichtlich der Personalgewinnung wollen wir die generalistische Pflegeausbildung in Bremen und Bremerhaven so attraktiv gestalten, dass der Standort eine entsprechende Anziehungskraft entfaltet. Aus diesem Grund setzen wir auf die Kooperationsbereitschaft der Träger in der Gesundheits- und Altenpflege.

Darüber hinaus erwarten wir von zwei Maßnahmen der CDU-geführten Bundesregierung konkrete Verbesserung im Krankenhausbereich. Erstens wird künftig mit dem „Sofortprogramm Pflege“ jede zusätzlich eingestellte Pflegekraft von den Krankenkassen refinanziert. Damit werden die Personalkosten aus den Fallpauschalen herausgelöst. Für die Krankenhäuser lohnt es sich in Zukunft nicht mehr, Kosten über das Pflegepersonal einzusparen. Zweitens hat der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) per Verordnung Personaluntergrenzen für pflegeintensive Bereiche definiert. Die Grenzen gelten zunächst in der Intensivmedizin, der Geriatrie, der Kardiologie und der Unfallchirurgie und sollen dann ggf. ausgeweitet werden. Von den Personaluntergrenzen werden auch Menschen mit Demenz im Krankenhausalltag profitieren.

9. Wie wollen Sie sicherstellen, dass zukünftig auch die Bezieher kleiner Alterseinkünfte einen gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen ambulanter oder mobiler Pflegeeinrichtungen erhalten?

Wir verdanken unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Bremen und Bremerhaven sehr viel. Sie haben mit ihrer Arbeit dafür gesorgt, dass die beiden Städte unseres Landes zu dem geworden sind, was sie heute sind. Das verdient Respekt und Anerkennung. Wer – aufgrund geringer Einkünfte im Alter – auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, soll diese auch bekommen. Wer pflegebedürftig ist, keine ausreichenden Leistungen seiner Pflegekasse erhält und nicht über ausreichend Einkommen und Vermögen zur eigenständigen Bedarfsdeckung verfügt, kann Leistungen der Hilfe zur Pflege in der Häuslichkeit oder in einem Pflegeheim erhalten. Leider gibt es in Bremen bei den Anträgen auf diese Hilfen einen erheblichen Bearbeitungsrückstau von zuletzt 270 Fällen. Für uns als CDU Bremen ist es nicht hinnehmbar, dass älteren Menschen, die auf diese Hilfe angewiesen sind, die Unterstützung aufgrund von Bearbeitungsrückstaus und Missständen in der Verwaltung verwehrt wird. Wir brauchen deshalb eine bürgernahe Verwaltung, die in nicht mehr als vier Wochen Anträge entscheidet und Hilfe auf den Weg bringt. Dazu brauchen Berechtigte oder ihre Angehörigen eine Beratung, die ihnen ihre Möglichkeiten aufzeigt und die Reichweite der sozialen Instrumente so nutzt, dass Ansprüche auch tatsächlich realisiert werden.

10.) Ist es für Ihre Partei denkbar, dass die Pflegeversicherung in eine Pflegevollversicherung umgewandelt wird und die Investitionskosten wieder ganz oder teilweise vom Staat übernommen werden?

Für uns als CDU Bremen ist wichtig, dass die Kosten für die Nutzerinnen und Nutzer von Pflegeleistungen berechenbarer werden. Ob dies durch einen Steuerzuschuss für die Pflegeversicherung, die Übernahme von Investitionskosten oder ein ganz anderes Instrument zu schaffen ist, steht für uns als CDU Bremen noch nicht fest.

11.) Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine bedarfsgerechte Erweiterung des palliativmedizinischen Angebots?

Schwerkranken Menschen Hilfe im Sterben zu bieten, ist ein Gebot der Menschlichkeit. Dazu gehört jegliche medizinische, pflegerische, psychologische und seelsorgliche Hilfe, die einen Menschen in der letzten Lebensphase begleitet. Diese Hilfe wird auf Bundesebene mit dem Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in ganz Deutschland ausgebaut. Damit wird die Hospiz- und Palliativversorgung überall dort, wo Menschen ihre letzte Lebensphase verbringen – sei es zu Hause, im Krankenhaus, im Pflegeheim oder im Hospiz.

Bezogen auf Bremen und Bremerhaven begrüßen und unterstützen wir insbesondere das aktuelle Engagement von Privatpersonen, Vereinen und Unternehmern zur Erhöhung der Hospizplätze. Mit der Realisierung von Hospizen in Arsten, Osterholz und in Bremerhaven werden bislang bestehende Versorgungslücken endlich geschlossen. In Zukunft werden wir sicherstellen, dass auf der Grundlage jeder und jede, der oder die es wünscht, einen Platz in einem Hospiz oder einer Palliativstation bekommt. Zusätzlich wollen wir die Möglichkeiten des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes noch besser nutzen, welches bereits heute die Information und Beratung über Hilfsangebote in der letzten Lebensphase vorsieht. Leider wird diese Informationspflicht aktuell noch nicht umfassend umgesetzt.

12.) Sollen therapeutische Fachberufe den Schülern mit mittlerem Bildungsabschluss offen stehen oder befürworten Sie die hochschulbasierte Umsetzung europäischer Standards?

Die CDU in Bremen setzt sich dafür ein, dass in den Bremischen Schulen die Berufsorientierung weiter ausgebaut und der handlungsorientierte Unterricht gestärkt wird. Schülerinnen und Schüler sollen besser als bisher auf die Chancen und Herausforderungen der dualen und der schulischen beruflichen Ausbildung vorbereitet werden. Wir wollen mehr Wertschätzung für berufspraktisches Wissen und Können auch in den allgemeinbildenden Schulen. Aus diesem Grund sind wir der Überzeugung, dass den Schülerinnen und Schülern die therapeutischen Fachberufe auch mit mittlerem Bildungsabschluss offenstehen müssen. Damit dies in Zukunft noch besser gelingt, setzen wir uns für die vollständige Schulgeldfreiheit in diesem Bereich ein. Eine Akademisierung der therapeutischen Fachberufe – als Aufstiegsmöglichkeit – ist zeitgleich aber notwendig, um Behandlungspraktiken weiterzuentwickeln und das notwendige Lehrpersonal auszubilden.

Block D: Allgemeines

13.) Inwiefern kann die Installation eines hauptamtlichen Demografie—Beauftragten für Jugend- und Seniorenfragen neben der bestehenden Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen den politischen Einfluss von Senior*innen verbessern?

14.) Inwiefern kann ein Seniorenmitwirkungsgesetz das politische Gewicht der Senior*innen in Bremen verstärken, ohne dass dabei die Möglichkeiten einer Seniorenvertretung, wie sie jetzt existieren, eingeschränkt werden?

(werden gemeinsam beantwortet)

Die CDU Bremen versteht die Bewältigung der demografischen Herausforderungen als Querschnittsaufgabe aller Senatsressorts. Das Statistische Landesamt ist darüber hinaus ein wichtiger Partner der Politik, wenn es darum geht, die Folgen der Bevölkerungsentwicklung in quantitativer Hinsicht abzuschätzen. Ein Beauftragter ohne ausreichend eigene Entscheidungsbefugnisse mit gleichzeitiger Zuständigkeit für alle demografischen Fragen von der Jugend bis hin zur älteren Generation, bliebe nach unserer Ansicht wirkungslos. Stattdessen wollen wir einen Pflegebeauftragten, der die Belange in der Pflege vertritt und repräsentiert. Uns ist bewusst, dass nicht alle Seniorinnen und Senioren auch von Pflegefragen betroffen sind, allerdings könnte ein solcher Beauftragter auch generell auf die Belange älterer Menschen eingehen.

Wichtiger als ein Demografie-Beauftragter ist es darüber hinaus, dass wir Seniorenpolitik wieder aktiv und zwischen allen Ressorts abgestimmt betreiben. Aus diesem Grund muss sich Bremen daher mehr als bisher auf die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen einstellen. Wir wollen – gemeinsam mit den beteiligten Akteuren und insbesondere der Seniorenvertretung – bis spätestens 2022 einen zu aktualisierenden Seniorenplan erarbeiten, der die Herausforderungen in der Seniorenpolitik sowie mögliche Lösungsansätze skizziert und miteinander vernetzt. Neben der Frage der Angebote für Seniorinnen und Senioren müssen in diesem Seniorenplan unter anderem die Städteplanung, die Kapazitäten der ambulanten Pflege und der Kurzzeitpflege sowie der Bedarf an Raum und Personal in stationären Pflegeeinrichtungen aufgegriffen werden.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Antworten zu Frage 3 (Block A)

15.) Was halten Sie von Verbesserungen der Bestimmungen zum freiwilligen sozialen Jahr oder sogar der Einführung eines verpflichtenden Sozialen Jahres für Schulabgänger?

Die CDU-Bundesvorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer, hat im vergangenen Jahr die Debatte um ein verpflichtendes Dienstjahr für junge Menschen angestoßen. Dies war ein

direktes Ergebnis aus der sogenannten „Zuhör-Tour“, auf der die CDU-Basis Anregungen für ein neues Grundsatzprogramm geben konnte. Aus Sicht der CDU Bremen könnte ein verpflichtendes Dienstjahr dabei helfen, den eigenen Horizont zu erweitern. Wenn sich junge Menschen für einen begrenzten Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft stellen, gewinnt dadurch nicht nur das Land, sondern auch jeder selbst. Eine gut organisierte und grundgesetzkonforme Dienstpflicht könnte dabei helfen, ausreichend Personal in der Pflege und Kindertagesbetreuung zu finden sowie langfristig ein Bewusstsein für diese Berufe zu verankern. Aus diesem Grund erwarten wir, dass auf Bundesebene die Möglichkeiten einer allgemeinen Dienstpflicht ausgelotet und mit dem Koalitionspartner erörtert werden. Abseits dieser Debatte befürworten wir die Verbesserungen beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Schulabsolventen sollen nach eigenen Interessen und nicht nach dem Geldbeutel darüber entscheiden, ob sie einen solchen Dienst leisten wollen, oder nicht.

16.) Wie unterstützen Sie zukünftig die Weiterentwicklung der Aufsuchenden Altenarbeit – Hausbesuche?

Die offene Altenarbeit, zu der auch die aufsuchende Altenarbeit gehört, ist so vielfältig, wie die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen. Sie ist offen für alle Senioren, unabhängig von Konfession und Nationalität. Einerseits umfasst sie ein vielfältiges gesellschaftliches Miteinander. Andererseits bietet sie Senioren zahlreiche Informationen und Beratungsangebote rund um das Alter und Älterwerden in Bremen. Den Trägern dieser Angebote und ihren vielen haupt- und ehrenamtlichen Kräften gebührt ein großer Dank. Als CDU Bremen wissen wir dieses wichtige Engagement in einer immer älter werdenden Gesellschaft zu schätzen und wollen eine angemessene Förderung der Angebote. Die Ausweitung der aufsuchenden Altenarbeit auf weitere Stadtteile sollte bedarfsgerecht und anhand klarer Bedarfe erfolgen.

17.) Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die digitale Kompetenz von Seniorinnen/ Senioren zu stärken, die dazu in der Lage sind?

18.) Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit diejenigen Seniorinnen und Senioren nicht abgekoppelt werden, die nicht in der Lage sind, am digitalen Leben teilzunehmen?

(werden gemeinsam beantwortet)

Der technologische und gesellschaftliche Wandel hat eine immer höhere Geschwindigkeit aufgenommen und hat durch die Digitalisierung einen weiteren Schub erhalten. Gerade die Felder der Kommunikation und der Mobilität werden betroffen sein. Felder, auf die ältere Menschen in besonderem Maße angewiesen sind. Felder aber auch, deren rasante Veränderungen nicht immer automatisch zur Erlebenswelt älterer Menschen gehören. Bei der Nutzung neuer Möglichkeiten und Chancen ist nach unserer Auffassung deshalb auch darauf zu achten, dass es keine Verlierer des Wandels gibt und dass aus technologischen Veränderungen keine neuen Generationenungerechtigkeiten entstehen. Wir werden deshalb bei allen Entwicklungen, zum Beispiel in der Kommunikation gegenüber Behörden, zu gewährleisten haben, dass die Interessen der älteren Generation gewahrt bleiben. Das ist unser Ziel und unsere Verantwortung. Wir werden darüber hinaus Projekte auf den Weg bringen, die die Chancen der Digitalisierung für die besonderen Bedürfnisse der älteren Generation nutzbar machen und die geeignet sind, Sicherheit, Lebensqualität und Unabhängigkeit im Alter zu fördern. Der Auf- und Ausbau entsprechender Weiterbildungsangebote für ältere Menschen muss dabei ein fester Bestandteil sein.